

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 2. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 18. März 2024
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 10 und 11 vom 7. und 14. März 2024 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsidentin Anette Vogt

Stimmzähler Urs Wüthrich, Walter Bangerter

Mitglieder des Stadtrates Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Adrian Merz, Peter Hauser, Manfred Schaffer, Franziska Maurer Roschi, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Walter Bangerter, Damaris Hauser, René Marti, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Tanja Blume, Adrian Merz, Philipp Schärf, Miriam Hosner-Abbühl, Shana Kuster, Viktoria Müller, Simon Reusser, Pascal Hebeisen, Claudia Fankhauser, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Christian Hedinger, Josef Timoteo Jenni, Karin Karrer-Siegenthaler, Carmen Baumeler, Debra Marti, Urs Wüthrich, Jonas von Allmen

Entschuldigt David Hirschi, Hermann Dür, Elias Maier

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb

Entschuldigt -

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

-Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 29.1.2024	3
-Informationen der Stadtratspräsidentin	3
-Informationen aus dem Gemeinderat	4
-Kreditabrechnung: Ausführungsprojekt Sanierung Fussballfelder Neumatt	6
-Antrag Ersatzbeschaffung Kehrrichtwagen 2024	7
-Änderung Personalreglement, vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub	10
-Auftrag Mitte-Fraktion betreffend „Realisierung einer Solaranlage auf dem Logistikzentrum der Armee in Burgdorf“	13
-Dringliche Interpellation FDP-Fraktion betreffend Verhinderung der Abschaffung der direkten Bahnverbindung zwischen Burgdorf und Zürich	15
-Interpellation glp betreffend wie und nach welchen Kriterien bildet die Stadt Burgdorf Lernende aus?	15
-Verschiedenes und Unvorhergesehenes	16

Appell

Der durch den Stimmenzähler Wüthrich Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 36 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Kalbermatten Mirjam trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2024-730 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 29.1.2024

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 34 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen das Protokoll der Stadtratssitzung vom 29. Januar 2024.

SRB: 2024-731 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette begrüsst die Anwesenden zur zweiten Sitzung im Jahr 2024. Im Speziellen begrüsst sie als neues Mitglied im SR Hosner-Abbühl Miriam und wünscht ihr viel Freude im Amt.

Die Vorsitzende informiert über die Demissionen von Stadträtin Rohrbach Sabrina per sofort und Stadtrat Jenni Josef Timoteo per 31. März 2024. Die Vorsitzende teilt mit, dass die Fragen in der online Sitzungsverwaltung, wenn möglich bis Mittwoch eingetragen werden sollen, damit für die Beantwortung ausreichend Zeit zur Verfügung steht. Am vergangenen Mittwoch hat die Informationsveranstaltung zu den Gemeindewahlen stattgefunden. Es waren nicht ganz alle Parteien anwesend. Die Informationen sind auf der Homepage der Stadt Burgdorf aufgeschaltet und werden laufend aktualisiert. Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Angefangen hat sie eher mit einem traurigen Tag, Am 24. Februar 2024, dem zweiten Jahrestag des Kriegsausbruchs in der Ukraine, hat sie in der Stadtkirche mit betroffenen Leuten beim Friedensgebet verbracht. Am 1. März 2024 war es definitiv lustiger. Sie hat "Der Trauschein" der Theatergruppe Burgdorf im Casino genossen. Der engagierte Verein feiert in diesem Jahr sein 40-jähriges Jubiläum. Die Kadetten feiern in diesem Jahr ihr 250-jähriges Jubiläum mit zwei Jubiläumskonzerten. Am 2. März 2024 hat die Vorsitzende am Jubiläumskonzert in der Markthalle teilgenommen. Am 9. März 2024 hat sie bei der

Krönung im Casino mitgeholfen, die Demokratie abzuschaffen, was sehr unterhaltsam war. Am 15. März 2024 hat sie an der Sportnacht Burgdorf teilgenommen und wurde Zeuge von unzähligen herausragenden sportlichen Leistungen.

SRB: 2024-732 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über die Vision und das Leitbild Burgdorf 2050. Mit der Legislaturplan 2021-2024 wurde bestimmt, dass Burgdorf zum Start der nächsten Legislatur 2025-2028 über ein neues und aktualisiertes Leitbild verfügen soll, bei dem Verwaltung und die Bevölkerung in geeigneter Form mitwirken. Mit der Vision Burgdorf 2050 soll mit Fokus auf die Gesellschaft eine langfristig orientierte Grundlage für die Arbeit von Politik und Verwaltung geschaffen werden, aus der das neue strategische Leitbild abgeleitet wird. Die Bevölkerung wird bei der Entwicklung der Vision eingebunden und ist gleichzeitig Zielgruppe des Outputs. Die Erarbeitung der Vision und des Leitbildes wurde im Oktober 2023 gestartet und wird im Juli 2024 abgeschlossen sein. In den Prozess eingebunden sind die Verwaltung, die Politik, die Wirtschaft, die Verbände und die Behörden sowie die Öffentlichkeit durch Interviews, Soundingboards und verschiedene Bürgeranlässe. Begleitet wird der Prozess durch Think Tank W.I.R.E. Das ist ein Startup Unternehmen aus der ETH, das sich mit der Zukunft beschäftigt, aber nicht in einer relativ hohen Ebene, sondern sie sind angebunden am Boden und versuchen mit dem Bestehenden zu arbeiten. Wie ist die Vision und das Leitbild in der Strategielandschaft eingebunden? Die Vision ist eine Beschreibung von einem Bild der Stadt Burgdorf, was sie in ihrem Kern prägen soll. Die Vision richtet sich sowohl an die Bevölkerung als auch an die öffentliche Hand. Aus der Vision wird das strategische Leitbild erarbeitet. Mit dem strategischen Leitbild werden die Inhalte der Vision in Lebensbereiche und Arbeitsfelder der Verwaltung übersetzt und konkretisiert. Das Leitbild hilft bei der fachspezifischen und fachübergreifenden strategischen Planung. Aus dem strategischen Leitbild werden die Legislaturpläne erarbeitet. Daraus werden dann fachspezifische und fachübergreifende Strategien und Leitbilder der Direktionen erarbeitet wie zum Beispiel die Digitalstrategie oder ein Altersleitbild. Die Strategien können sich aufgrund des gesellschaftlichen Wandels verändern und müssen angepasst werden. Aus den Legislaturplänen ergeben sich Massnahmen, welche für die Verwaltung verbindlich sind. Für die einzelnen Mitarbeitenden können auch Jahresziele festgelegt werden, welche beim Mitarbeitendengespräch einbezogen werden. Der Prozess ist in drei Teile aufgebaut. Beim ersten Teil wurde der Status angeschaut und man hat versucht eine DNA zu definieren. Was macht Burgdorf aus? Man hat Gespräche mit Wirtschaftsvertretern und bekannten Leuten in und um Burgdorf geführt. Man hat ein Soundingboard organisiert. Im zweiten Teil werden die zukünftigen Rahmenbedingungen definiert, wie man sich künftig positionieren will. Im dritten Teil sind die Erarbeitung und das Finalisieren der Vision 2050. Im zweiten Teil ist es sehr wichtig, dass man viel Input erhält, und zwar von allen Bevölkerungsschichten, damit man ein möglichst breites Bild von der Bevölkerung erhält. Zu diesem Zweck ist das Speed Dating vom 4. April 2024 geplant. Aus sechs verschiedenen Punkten, Ortsbild, Geografie und Mobilität, Bevölkerung, Gesellschaft, Kultur und Freizeit, Politik und Wirtschaft, hat man versucht eine DNA zu definieren, welche Burgdorf ausmacht. Dabei handelt es sich noch nicht um den Feinschliff, sondern erst grob aufgezeichnet. Es sind vier DNA-Bausteine, welche typisch für Burgdorf sind. Diese vier DNA-Bausteine sind Drehscheibe vielfältiger Bedürfnisse, Stadt- und Landluft mit jedem Atemzug, Zentrum des visionären Machertums sowie Menschlichkeit mit magnetischer Wirkung. Wie geht es nun weiter? Am 4. April 2024 findet das Speed Dating statt und man hofft auf

zahlreiches Erscheinen. Beim Speed Dating will man gemeinsam diskutieren und versuchen eine Vision zu erarbeiten. Man ist überzeugt, dass es ein spannender Prozess wird. Im aktuellen Stadtmagazin ist dazu ein Artikel erschienen, indem der Prozess dargestellt wurde. Im Juli 2024 sollte die Vision vorliegen damit man die neue Legislatur mit einem neuen Leitbild starten kann.

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über das Klima, die Luftqualität und Temperatur im Lindenfeldschulhaus. Im Jahr 2019 hat man eine Studie und Messungen gemacht sowie die Storen gewechselt und die Lüftung ausgewechselt. Es funktioniert nun. Man hat Co2-Werte, die im Moment gut sind, und die Temperaturen sind erträglich. Es gibt noch kleine technische Fragen, die geklärt werden müssen. Diese sind aber innerhalb der Garantiefrist. Nach vielen Jahren kann man endlich sagen, dass man das Lindenfeldschulhaus in einer angenehmen Atmosphäre benutzen kann. Ein Dank geht an alle Beteiligten. Man hofft, die noch kleinen Probleme rasch zu lösen.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert, dass im Stadtmagazin zwei spannende Artikel zum Thema Klima erschienen sind. Wir hatten einen Winter mit Temperaturrekorden wie im letzten Jahr. Im Februar war es 4 bis 6 Grad zu warm. Es ist klar, dass jedes einzelne Ereignis nicht ein Hinweis auf den Klimawandel ist, aber die Summe der Ereignisse ist genau das, was bereits vor Jahrzehnten von Wissenschaftlern prognostiziert wurde in welche Richtung das Klima gehen kann. Wir haben einen internationalen Klimavertrag, den die Eidgenossenschaft mitunterzeichnet hat. 195 von 198 Staaten der Erde haben diesen unterzeichnet. Dieser Vertrag gilt seit dem Jahr 2015, also bald ein Jahrzehnt. Der SR hat im Jahr 2019 mit einem deutlichen Mehr den Klimanotstand ausgerufen und den Gemeinderat (GR) beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, und zwar möglichst bald. Die Stadtverwaltung soll vorgehen und auch auf dem Stadtgebiet sollen die Massnahmen, welche der Bund und der Kanton erlassen haben, entsprechend umzusetzen. Der GR hat heute vor einer Woche die Klimastrategie verabschiedet. Bis jetzt agierte die eingesetzte Klimaforce der Stadt Burgdorf. Nach dem Ausrufen des Klimanotstandes hat der GR eine Klimavision formuliert und daraus ist die Klimastrategie entstanden. Die Klimastrategie beinhaltet 21 Massnahmenblätter und der Controlling- und Reportingprozess wurde definiert und die dafür nötigen Instrumente geschaffen. Aktuell läuft eine intensive Phase der Datenerhebung was in den letzten fünf Jahren, seit die Klimaforce ins Leben gerufen wurde, passiert ist. In vielen Bereichen und Projekten konnte bereits vieles in Bewegung gebracht werden. Auch der SR hat entsprechende Entscheide gefällt und hat auch heute ein Thema auf dem Tisch, das in diese Richtung geht. Einiges ist auch nicht unbedingt bekannt, weil es verwaltungsintern umgesetzt wurde. Das wird in einem Bericht aufgearbeitet und dieser Bericht wird an der nächsten Stadtratssitzung zusammen mit der detaillierten Klimastrategie vorgestellt.

Gemeinderat Rappa Francesco informiert über die eingereichte Petition betreffend Schlittelweg an der Technikumstrasse. Im SR wurde der Wunsch geäussert, dass über Petitionen informiert wird. Fast jedes Jahr wird angefragt, warum der Schlittelweg nicht mehr ermöglicht wird. Die Schneeverhältnisse lassen es nicht zu. Die Stellungnahme wurde formuliert und wird für den SR in der online Sitzungsverwaltung aufgeschaltet. Der Auftrag läuft und man prüft einen alternativen Standort. Die Technikumstrasse ist, nebst den Schneeverhältnissen, nicht mehr geeignet. Es gibt noch andere Gründe, warum es nicht der richtige Standort ist. Es ist nicht mehr wie vor 40 oder 50 Jahren. Gemeinderat Rappa Francesco informiert im weiteren über eine voraussichtliche Kreditüberschreitung. Die Kreditüberschreitung geht weit über das normale hinaus. Aus diesem Grund ist es Gemeinderat Rappa Francesco ein Anliegen, den SR bereits jetzt in Kenntnis zu setzen. Dies auch im Wissen, dass es zu 99 Prozent zu einem Nachkredit führen wird. Es geht um den Ausführungskredit Polierengasse und Gysnauweg respektive die Sanierung der Abwasserleitung. Der Kredit in der Höhe von Fr. 600'000.-- inklusive Mehrwertsteuer wurde vom GR am 31. Oktober 2022 und am 12. Dezember 2022 vom SR genehmigt worden. Auslöser des Projektes war der Fernwärmeausbau ab Pestalozzischulhaus bis Bucherareal und weiter bis zur

Poliergasse und Gotthelfstrasse. Die federführende Bauherrin ist die Localnet AG. Die Localnet AG hat das Ingenieurbüro Kohler und Partner mit der Projektierung und Bauleitung beauftragt. Die Baudirektion hatte darauf keinen Einfluss und musste sich dementsprechend der Wahl anschliessen. Die Ausarbeitung des Kostenvoranschlages hat man eher als schwierig wahrgenommen. Der Bereich Tiefbau hat den Kostenvoranschlag zweimal kritisch hinterfragt und zur Überarbeitung zurückgewiesen. Warum hat man das gemacht? Die Erfahrungswerte der Baudirektion für solche Bauvorhaben haben gegenüber dem Kostenvoranschlag klare Differenzen ergeben. Der Kredit wurde schlussendlich mit den Angaben oder dem Auftrag der Localnet AG durch Kohler und Partner eingeholt. Die Genehmigung des Fernwärmeprojektes, sprich die Baubewilligung, hat sich durch das Regierungsstatthalteramt zeitlich auch noch hinausgezögert. Der Baustart der Fernwärme konnte statt im Oktober 2022 erst im Februar 2023 gestartet werden. Der Bauablauf wurde aufgrund dessen auch umgestellt, auch aufgrund der Benützung der Schützematte im Sommer 2023 durch die Solatte sowie der Wärmelieferung im September 2023 für das Bucherareal. Deshalb musste man den Bau der Fernwärmeleitung beschleunigen. Die Arbeiten an der Abwasserleitung konnten deshalb erst im Juni und Juli 2023 gestartet werden. Der Bau wurde angepasst und entgegen einem normalen Bauablauf musste es in Fliessrichtung ausgeführt werden. Die Wasserhaltung war aufgrund dessen komplizierter und aufwändiger als im Kostenvoranschlag aufgeführt. Demzufolge sind auch die Kosten höher als wie in der Stadtratsvorlage vorgesehen. Bis heute müssen immer noch zwei Abwassersysteme, das alte und neue, betrieben werden. Somit hat sich die Bauzeit fast verdoppelt. Die Bauarbeiten werden sich noch bis im Herbst und Winter 2024 durchziehen. Sämtliche Deckbelagsarbeiten werden im Jahr 2025 ausgeführt. Die Mehrkosten betragen rund Fr. 420'000.--. Das sind Endkosten von fast 1 Mio. Franken. Mit den Mehrkosten von fast 1 Mio. Franken ergibt sich ein Laufmeterpreis von rund Fr. 3'850.--. Bei vergleichbaren ähnlichen Projekten betragen die Kosten Fr. 3'750.-- bei der Scheunenstrasse, Fr. 9'000.-- bei der Wynigenstrasse und Fr. 2'250.-- bei der Bahnhofstrasse. Das Ressort Tiefbau bleibt beim Projekt daran und versucht direkt Einfluss zu nehmen, um die Mehrkosten, wenn immer möglich noch zu reduzieren. Die Situation ist unerfreulich, aber der Baudirektion sind die Hände gebunden. Weitere Informationen erfolgen zu gegebener Zeit.

SRB: 2024-733 | Registratur-Nr. 1.7.7

Kreditabrechnung: Ausführungsprojekt Sanierung Fussballfelder Neumatt

Verhandlung

Seitens der GPK, des GR und des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Der Stadtrat genehmigte die Kreditabrechnung für die Sanierung der Fussballfelder Neumatt mit Bruttoausgaben von CHF 3'147'798.05, Minderausgaben von brutto CHF -382'201.95 und Nettoausgaben von CHF 1'767'798.05.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

SRB: 2024-734 | Registratur-Nr. 3.11

Antrag Ersatzbeschaffung Kehrriechwagen 2024

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es um den Ersatz des Kehrriechwagens aus dem Jahr 2009 geht. Wie aus der Stadtratsvorlage zu entnehmen ist, wird immer das älteste Fahrzeug, in diesem Fall der Mercedes-Benz Econic 2633, dazu eingesetzt, den in der Hauptsammelstelle angelieferten Siedlungsabfall aufzunehmen und abzuführen. Gleichzeitig dient dieser Kehrriechwagen in Notfällen als Ersatzfahrzeug, beispielsweise bei einem Ausfall eines anderen Fahrzeuges aufgrund von Servicearbeiten und Reparaturen. Der Mercedes-Benz Econic hat mit 15 Jahren seine Lebensdauer erreicht. Es stehen in nächster Zeit kostspielige Reparaturen und Revisionen an. Deshalb wird das Fahrzeug endgültig ausgemustert. In der mittelfristigen Investitionsplanung ist für das Jahr 2024 ein Betrag von rund Fr. 600'000.-- für die Ersatzbeschaffung des erwähnten Kehrriechfahrzeuges reserviert gewesen. Dieser Betrag basiert auf dem vor Jahren erstmals beschafften Elektrokehrriechwagen und war zum damaligen Kaufpreis budgetiert worden. Die Anforderungen an das Fahrzeug sind in der Stadtratsvorlage ersichtlich. Ein entsprechendes Leistungsverzeichnis ist in der öffentlichen Ausschreibung formuliert worden. Selbstverständlich hat man, wenn immer möglich, vor allem auch aus finanziellem Interesse, mit anderen Kommunen zusammengespant, um Ausschreibungen gemeinsam zu tätigen. Leider hat im entscheidenden Zeitpunkt keine andere Gemeinde Fahrzeuge mit ähnlichen Spezifikationen ausgeschrieben. Ansonsten hätte man versucht, eine Sammelausschreibung durchzuführen. Der Elektrokehrriechwagen, der in der Baudirektion seit Dezember 2019 in Betrieb ist, hat sich ausgezeichnet bewährt. Die Mitarbeitenden sind nicht mehr den Abgasen und dem Lärm des Dieselmotors ausgesetzt. Die Unterhaltskosten für das Chassis und die Treibstoffkosten konnten halbiert werden. In diesem Zeitraum konnten auch zirka 80 Tonnen Co2 eingespart werden. Aus diesen Gründen steht nicht nur aus Sicht der Klima Force, sondern auch aus Sicht des Werkbetriebes kein Dieselkehrriechwagen mehr zur Diskussion. Die GPK hat hervorragende Arbeit geleistet und auch sehr detailliert Fragen gestellt. Speziell erwähnt wird die ausgezeichnete Arbeit von Stadträtin Marti Debra. Sie hat verschiedene Fragen aufgeworfen und konstruktive Bemerkungen gemacht. Die Verwaltung, der GR und SR können von ihrer beruflichen Expertise, speziell im Bereich der öffentlichen Beschaffung, sehr profitieren. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an Stadträtin Marti Debra. Ein Dank geht auch an die Stadträte Käsermann Fabian, Thompson Ian, Schärf Philipp und Kämpf Jürg für ihre Fragen und Bemerkungen. Die Verwaltung hat gemeinsam mit dem externen Beschaffungsspezialist die Fragen im online Tool beantwortet. Zudem hat sogar ein Mailaustausch stattgefunden und man ist auf die offenen Punkte und Bemerkungen eingegangen. Was nicht auf Anhieb geklappt hat, was man intern noch sicherstellen muss, ist, dass die beantworteten Fragen nicht automatisch in der Stadtratsvorlage eingeflossen sind und diese aktualisiert wurde. Aufgrund dessen ist es nicht von ungefähr gekommen, dass die Fragen der GPK-Mitglieder erneut im online Tool gestellt wurden. Die Fragen wurden entsprechend nachgetragen und können im online Tool eingesehen werden. Man geht davon aus, dass der SR die Antworten im online Tool gesehen hat. Der SR muss einen politischen Entscheid fällen. GR und SR haben entschieden, dass man bis 2030 klimaneutral unterwegs sein will. Bei der Ersatzbeschaffung des Kehrriechwagens tragen wir gemeinsam einen Teil dazu bei. Wenn das Geschäft abgelehnt wird, hätte es Konsequenzen und das Fahrzeug müsste gemietet werden. Ein

dieselbetriebenes Fahrzeug dürfte aufgrund des politischen Auftrages betreffend Klimavision 2030 und der damit verbundenen Dekarbonisierung gar nicht beschafft werden. Zusätzlich wären die Kosten viel höher und der Ersatz müsste zeitnah erfolgen, weil die Lebensdauer des zu ersetzenden Fahrzeuges abgelaufen ist. Der GR beantragt, dem Investitionskredit von Fr. 705'000.-- zuzustimmen und die Baudirektion mit dem Vollzug zu beauftragen. Es sind heute noch Anträge eingegangen, und zwar von Stadtrat Schärf Philipp. Der GR hat die Anträge an seiner heutigen Sitzung besprochen und lehnt beide Anträge ab. Man muss sich bewusst sein, wenn man selbst das Fahrzeug verkaufen müsste, würde es in den Export gehen, was Zollkosten verursacht. Es wäre auch ein Widerspruch, wenn man ein Dieselfahrzeug verkauft und es weiter benützt wird. Wenn man es innerhalb der Schweiz weiterverkaufen würde, käme sicher das Thema Garantie auf den Tisch. Schlussendlich ist die Verwaltung kein Occasionshändler.

Stadtrat Schärf Philipp teilt mit, dass es nicht die Idee war, dass die Verwaltung zum Altwagenhändler wird, sondern, dass es wie bisher angedacht erfolgt. Es war angedacht, dass das Fahrzeug für Fr. 5'500.-- von der Merbag übernommen wird und sie es verkaufen. Die Merbag wird es entweder in der Schweiz oder im Export verkaufen, was man nicht beeinflussen kann. Die Idee ist, dass die Merbag das Fahrzeug verkaufen und den effektiv gelösten Ertrag am Markt minus einer Handlingfee, die abgezogen wird, der Stadt überweist. Die Vermutung ist gross, dass der Verkaufserlös massiv grösser ist. Zudem muss eine Absichtsklausel bestehen, dass es mindestens Fr. 5'500.-- sind wie im Angebot angemeldet. Es gäbe zudem die Möglichkeit, dass die Stadt Burgdorf das Fahrzeug direkt verkauft, sofern man das will. Das hat sich jetzt aber ergeben.

Änderungsantrag Philipp Schärf

Entweder verkauft wie vorgesehen

a) die Merbag das alte Fahrzeug. An die Stadt Burgdorf wird der effektiv gelöste Ertrag am Markt – minus einer marktüblichen, sogenannten Handlingfee – erstattet. Mindestens aber CHF 5500, wie im Angebot angeboten. Der Verkauf wird von der Merbag der Stadt Burgdorf gegenüber dokumentiert und nachgewiesen;

oder

b) die Stadt Burgdorf verkauft das Fahrzeug selbst.

Ziel ist, den Erlös für das alte Fahrzeug zu maximieren und nahe am effektiven Marktwert zu erlösen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Geschäft geschlossen zustimmt. Ein Dank geht an die Verwaltung und den GR für die Vorbereitung des Geschäftes und die Zusammenstellung und Vergleiche sowie die noch gemachten Korrekturen und zusätzlichen Erklärungen. Stadträtin Marti Debra hat sich intensiv mit der Beschaffung auseinandergesetzt und man hat keine Einwände dazu. Es ist für die SP-Fraktion sowieso klar, dass man heutzutage die Kehrlichfahrzeuge der Stadt Burgdorf durch Elektrofahrzeuge ersetzt. Vier Jahre nach der letzten Debatte im SR, wo einige gesagt haben, dass es noch zu früh und zu teuer ist, ist es für die SP-Fraktion heute noch viel klarer als damals. Bereits im Jahr 2020 hat die SP-Fraktion A-L-E (allez) wie Abgas, Lärm und Energie zum Elektrokehrlichfahrzeug gesagt. Die SP-Fraktion hat schon damals die Anschaffung unterstützt, weil es Verbesserungen beim Abgas, beim Lärm und bei der Energieform gibt. Zusätzlich zeigt die heutige Rechnung über den ganzen Lebenszyklus, dass es auch bei den Kosten eher positiver bei der Elektroversion aussieht als noch vor vier Jahren. Elektrofahrzeuge haben auch einen Vorteil beim Unterhalt. Zum Schluss noch ein zusätzlicher Punkt. Neben den Anwohnern der Kehrlichtroute gibt es mit den zwei neuen Elektrofahrzeugen auch Vorteile für die Mitarbeitenden, die bei der anspruchsvollen Arbeit weniger dem Abgas und Lärm ausgesetzt sind. Für die SP-Fraktion ist glasklar, dass man dem Kredit zustimmt. Zur Abänderung der GLP würde man sich allenfalls nochmals äussern.

Vor der Abstimmung wird eine Pause verlangt, weil man es in der Fraktion nicht besprechen konnte. Man wagt jedoch zu bezweifeln, dass die Verwaltung eine Kernkompetenz als Occasionshändler für einen Kehrriechwagen hat.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass der elektrische Kehrriechwagen unbestritten ist. Die Argumentation hat Stadtrat Käsermann Fabian bereits geführt und muss nicht weiter ergänzt werden. Nicht ganz verstanden hat man den Änderungsantrag von Stadtrat Schärf Philipp. Es wäre schön, wenn die Firma erklären würde, dass sie das Fahrzeug für Burgdorf gerne verkaufen würde und 80 Prozent des Verkaufspreises überweisen. Wenn man die Firma überzeugen kann, dann noch so gerne. Selbst verkaufen ist aber keine Option. Die Firma hat die Fr. 5'500.-- vorgeschlagen und sagt: "Vogel friss oder stirb!". Unklar ist jetzt, wie wir darüber abstimmen sollen. Es ist vielmehr ein Eventualantrag. Man kann nicht darüber abstimmen bevor der GR nicht darüber verhandelt hat. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des GR zustimmen und wahrscheinlich, weil man noch nicht darüber diskutieren konnte, den Antrag von Stadtrat Schärf Philipp ablehnen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Die Elektrifizierung schreitet stark voran, aber kostet auch viel Geld. Ein elektrischer Kehrriechwagen kostet immer noch fast doppelt so viel wie ein Dieselfahrzeug, obwohl es kein Prototyp mehr ist. Nur dank den steuerlichen Vergünstigungen bei der LSWA kann sich die Investition auch rechnen. Deshalb sprechen jetzt sämtliche Argumente für den elektrischen Kehrriechwagen. Er macht weniger Lärm, stinkt nicht nach Abgas, ist umweltfreundlich und über die Nutzungsdauer erst noch günstiger. Der Bericht ist sehr ausführlich, aber mit den Vergleichszahlen und den unterschiedlichen Einheiten nicht ganz so lesefreundlich. Es wird deshalb empfohlen, die Zahlen in Zukunft übersichtlich in einer Vergleichstabelle aufzuführen, damit die Arbeit für den Leser wesentlich erleichtert wird. Es ist auch zu hoffen, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren unverändert bleiben und die Batterie 15 Jahre funktioniert. Zudem hofft man, dass der nächste Kehrriechwagen auch entsprechend günstiger wird, wie das bei den normalen Elektrofahrzeuge PW auch der Fall ist. Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man die Anschaffung des Elektrokehrriechwagens unterstützt. Man konnte sich jedoch noch nicht betreffend dem Antrag von Stadtrat Schärf Philipp absprechen. Persönlich möchte Stadträtin Liechti-Lanz Esther nicht lesen, wenn sie auf Ricardo unterwegs ist, dass der GR von Burgdorf dort ein Kehrriechwagen verkaufen will. Deshalb wird sie den Antrag ablehnen.

Stadtratspräsidentin Vogt Anette teilt mit, dass man jetzt über den Ordnungsantrag betreffend einer Pause abstimmt.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Pause einstimmig zu.

Pause

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, dankt für die angeregten Diskussionen und teilt mit, dass er seinen Änderungsantrag zurückzieht. Für das nächste Mal wird angeregt, die Idee miteinzubeziehen, wenn man sich für die wirtschaftliche Schiene entscheidet. Der Verkaufserlös minus eines Betrages für den Aufwand soll festgelegt werden, weil es die Stadt nicht machen will, was auch verständlich ist. Auf den Gesamtbetrag sind die Fr. 5'500.-- nicht viel, auch wenn jeder Betrag zählt, aber vielleicht ist der Punkt wichtiger, dass man Energiestadt ist und man klimaneutral werden will

und deshalb das Fahrzeug verschrotten lässt. Der Minusbetrag kann in Kauf genommen werden. Man würde sich so für den ethischen Weg entscheiden. Ein spezieller Dank geht an Gemeinderat Rappa Francesco sowie Lüdi Jonas für die Ausarbeitung und die detaillierte Beantwortung der Fragen. Die GLP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Man freut sich auf eine klimaneutrale Abfallentsorgung, tiefe Unterhaltskosten und ein besseres Arbeitsklima für die Mitarbeitenden. Eine saubere und geordnete Abfallentsorgung nehmen wir sehr oft als selbstverständlich. Das ist nicht auf der ganzen Welt so. Deshalb sollte man es schätzen. An dieser Stelle deshalb ein grosses Merci an das Team des Werkhofes, die sich tagtäglich für das perfekte Erscheinungsbild unserer wunderbaren Stadt Burgdorf einsetzt.

Abstimmung

1. Für die Anschaffung eines neuen eKehrtrucks wird ein Investitionskredit von CHF 705'000.00 bewilligt (Sachgruppen-Nr. 5060.03 Spezialfahrzeuge, Kostenstellen-Nr. 2200.5060.03 Ersatzbeschaffung Kehrtrucks 2024).
2. Mit dem Vollzug wird die Baudirektion beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2024-735 | Registratur-Nr. 3.12.3

Änderung Personalreglement, vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass mit der vorliegenden Anpassung des Personalreglements die überwiesene Motion vom 20. Januar 2023 der SP-Fraktion betreffend Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes umgesetzt wird. Bei der Überweisung der Motion vor rund einem Jahr wurde ausführlich über den Inhalt informiert. Deshalb wird heute auf eine detaillierte Stellungnahme verzichtet. Man ist froh, dass der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub im Personalreglement verankert werden kann. Es ist eine von vielen Möglichkeiten, die Stadt Burgdorf als fortschrittlichen und familienfreundlichen Arbeitgeber zu positionieren und die Arbeitgeberattraktivität zu steigern. Mit Blick auf den Fachkräftemangel ist es ein richtiger Entscheid. Die Verankerung des vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes im Personalreglement ist für alle ein Mehrwert. Die schwangeren Frauen haben Klarheit, dass sie drei Wochen vor dem errechneten Geburtstermin zum Schutz von Mutter und Kind von der Arbeit ohne Hürde, ohne Arztzeugnis, entlastet werden können. Für die Stadt Burgdorf als Arbeitgeber bringt die Einführung des vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubes Planungssicherheit und vermindert das Risiko von unvorhergesehenen und plötzlichen Absenzen. Die Stadt Burgdorf wird als familienfreundlicher Arbeitgeber gestärkt und setzt ein Zeichen. Auch aus finanziellen Gründen spricht nichts gegen den freiwilligen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. Die Stadt Burgdorf trägt auch ohne diesen Mutterschaftsurlaub die Kosten für die Absenzen und Stellvertretungen, welche nicht durch den Ausfall und Mehrleistungen vom Team kompensiert oder aufgefangen werden können. Der GR dankt

für die Zustimmung zur Änderung des Personalreglements und hofft, diese rasch in Kraft setzen zu können.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, dankt für die Ausarbeitung zur Änderung des Personalreglements, die der überwiesenen Motion vom 19. September 2022 entspricht. Die Stadt Burgdorf kann mit dem vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub zusammen mit anderen Gemeinden wie Thun und Biel beispielsweise pro aktiv vorgehen und ein Zeichen setzen als fortschrittlicher Arbeitgeber. Es hat Vorteile bei der Personalrekrutierung, minimiert Langzeitausfälle von Mitarbeiterinnen und hat eine bessere Planbarkeit, weil plötzliche Krankschreibungen wegfallen. Nebst all diesen Vorteilen gibt es aber keine Nachteile, insbesondere keine Mehrkosten. Gegner im SR haben entsprechend im Januar 2023, als die Motion behandelt wurde, keine materiellen Einwände gehabt. Es wird der Sprecher der Mitte-Fraktion zitiert: "Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist es unbestritten, dass es eine Lösung für den Mutterschutz vor der Niederkunft braucht." und die Sprecherin der SVP-EDU-Fraktion: "Die Motion wird zwar grossmehrheitlich abgelehnt, das aber nicht materiell, sondern aus verfahrensökonomischen Gründen, weil auf nationaler Ebene bereits an einer Lösung gearbeitet wird." Die Gegner haben sich vorwiegend dahinter versteckt, dass man eine nationale Lösung abwarten will. Wenn wir dies gemacht hätten, hätte man jetzt nichts, sondern eine Chance verpasst. Es gibt nur Vorteile für die Stadt Burgdorf als Arbeitgeberin und für die werdenden Mütter sowieso. Die SP-Fraktion wird die Änderung des Personalreglements selbstverständlich genehmigen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man bereits bei der Einreichung der Motion Gründe aufgeführt hat, wieso man den Vorstoss ablehnt. Es stellt sich die Frage, um was es wirklich geht. Stadtpräsident Berger Stefan hat die Frage in seinem Votum bereits beantwortet. Es geht in erster Linie nicht um Schutz von Mutter und Kind, denn die bestehenden Regelungen genügen für alle schwangeren Frauen vollumfänglich und zwar unabhängig davon, ob die Schwangerschaft problemlos verläuft oder man früh mit Beschwerden zu kämpfen hat. Es gibt auch keine finanzielle Benachteiligung für schwangere Frauen, die nicht bis zur Niederkunft arbeiten können. Im Gegenteil, bei der Stadt Burgdorf ist man mit 100 Prozent Lohnentschädigung grosszügig. Zudem müssen wir aufhören von Krankheit zu sprechen, denn eine Schwangerschaft ist keine Krankheit. Es ist völlig überzogen bei einer ärztlichen Verordnung für eine schwangerschaftsbedingte Arbeitsunfähigkeit von einer Stigmatisierung von schwangeren Frauen zu sprechen. In den Unterlagen steht, dass es mit der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu tun hat. Damit hat es aber überhaupt nichts zu tun. Im Gegenteil, man hat mit vielen Frauen gesprochen, darunter auch die Stadträtinnen der FDP-Fraktion, welche verurteilen, dass mit einer weiteren Sonderregelung die Ungleichstellung von Frau und Mann von einer naturgegebenen Besonderheit der Schwangerschaft am Arbeitsmarkt nicht noch unnötig mehr Gewicht bekommt. Im Gegensatz zur politisch linken Gesinnung ist für die FDP-Fraktion die Familienplanung keine Staatsangelegenheit. Es ist doch das normalste der Welt, dass werdende Eltern, die wissen, dass in neun Monaten der Sprössling da ist, mit entsprechenden Vorbereitungen und allfälligen Eventualitäten im Alltag vorkehren. Die Stadt Burgdorf sorgt mit dieser Vorlage genau für das Gegenteil, wie es in den Unterlagen steht, von einer individuellen und bedürfnisgerechten vorgeburtlichen Abwesenheit. Das hatte man bis jetzt, aber jetzt haben wir es nicht mehr, weil der Begriff freiwillig, der ebenfalls zitiert wird, ist eigentlich die Umkehr der Logik. Es wird kaum eine Frau geben, die nicht von dieser Vollkaskolösung Gebrauch machen wird. Im Bundesparlament hat es im Jahr 2015 und 2021 zwei politische Vorstösse für genau diesen Mutterschaftsurlaub gegeben. Beide Vorstösse wurden abgelehnt. Es hat Umfragen bei den Frauen gegeben und zwei Drittel der Frauen haben aus organisatorischen Überlegungen gesagt, dass sie eine solche Lösung begrüssen könnten. Das ist nice to have. Keine Antworten betreffend den finanziellen Belangen und von Mutter- und Kinderschutz keine Rede. In beiden Vorlagen haben sich viele Frauen auch kritisch gezeigt, vor allem

wurde der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub als unnötig angeschaut. Dabei wurde betont, dass sie selbst entscheiden wollen, ob sie bis zur Geburt arbeiten wollen oder nicht. Dazumal in den Jahren 2015 und 2021, als man die Elternzeit noch nicht hatte, wurde vor allem gesagt, wenn schon bezahlter Urlaub, dann nach und nicht vor der Niederkunft. Im Antrag des SR kann man genau heraushören, um was es wirklich geht, und zwar um fortschrittliche und familienfreundliche Arbeitgeber, Vorbildrolle auf dem Arbeitsmarkt, Vorteil bei der Personalrekrutierung und Profilierung als moderner Arbeitgeber. Es geht um nichts anderes als um die Profilierung und schlussendlich um einen prestigeträchtigen Städtewettbewerb. Die FDP-Fraktion steht ganz klar für Gleichstellung der Frauen in allen Belangen, aber diese Vorlage dient der Sache für die Frau in keiner Art und Weise. Die FDP-Fraktion wird aus diesen Gründen den Antrag ablehnen.

Stadtrat Reusser Simon, namens der Grüne-Fraktion, dankt der Präsidialdirektion für die Ausarbeitung des Berichtes und der vorgeschlagenen Anpassung des Personalreglements. Es ist ein grosser Gewinn. Einerseits für die werdenden Mütter, weil diese Änderung sie vom Druck befreit, und andererseits als Vorteil für die Stadt Burgdorf als Arbeitgeberin und für Planungssicherheit der Absenzen. Zudem kostet es nicht mehr für die Stadt Burgdorf. Die Grüne-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die Vorsitzende in ihrer Antrittsrede erwähnt hat, dass man die Hände erheben kann, auch ohne, dass man es erwartet. Das ist wohl heute Abend der Fall. Die SVP-EDU-Fraktion akzeptiert den Mehrheitsentscheid und wird der Änderung des Personalreglements grossmehrheitlich zustimmen.

Stadträtin Baumeler-Stoll Carmen, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass man dem Geschäft zustimmen wird, weil man es als sinnvoll erachtet. Einige Männer glauben, dass die Schwangerschaft keine Krankheit ist. Bei einer Schwangerschaft kann sich die Frau schlecht fühlen oder Wasser in den Beinen haben und nicht laufen können. Jede Frau weiss, wie es sich anfühlt, schwanger mit Wasser in den Beinen die Bewegung auszugleichen. Jeder Frau steht vor der Geburt ein bisschen Erholung zu, denn was danach kommt, verändert das Leben, das man nicht einschätzen kann. Es ist jedoch schade, dass man nicht auf den nationalen Entscheid gewartet hat. Die Mitte-Fraktion sieht es positiv, die Stadt Burgdorf geht als Vorbild voran und hoffentlich stimmen viele zu.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, hat eine Verständnisfrage. Es wurde mehrmals die Planungssicherheit erwähnt. Planungssicherheit für was? Die drei Wochen werden wahrscheinlich angenommen. Die drei Wochen basieren immer noch auf einer Freiwilligkeit. Es ist eine Vollkaskolösung und man kann davon ausgehen, dass alle Frauen, die drei Wochen vor dem errechneten Geburtstermin beziehen. Dies ist jedoch nicht sicher, also hat man keine Sicherheit. In den Unterlagen steht, dass in den letzten Jahren von 23 Frauen 16 dreieinhalb Wochen und mehr gefehlt haben. Bei 75 Prozent der Frauen hat man nach wie vor keine Planungssicherheit. Lediglich sechs Frauen sind in den letzten Jahren in die drei Wochen gefallen. Die Basis ist immer noch die Freiwilligkeit. Wo ist nun hier die Planungssicherheit?

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man den vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub unterstützt.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man Mühe hat mit dem Gleichstellungsargument der FDP-Fraktion. Sie führt als Gleichstellung ins Feld, dass Frauen, die bis jetzt krankgeschrieben werden mussten, neu Mutterschaftsurlaub beziehen können.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, wenn man von Planungssicherheit spricht, wissen wir mit Sicherheit, ab drei Wochen vor dem errechneten Geburtstermin fehlt die Frau. Es ist jedoch möglich, dass sie bereits früher ausfällt. Für die drei Wochen vor dem errechneten Geburtstermin hat man Planungssicherheit. Es ist klar, dass der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub kürzer ausfallen kann oder sich die Geburt verzögert. In diesem Fall ist bis zu fünf Tagen kein Arztzeugnis nötig. Es wird administrativ einfacher. Es müssen eventuell auch Stellvertretungslösungen gesucht werden. Der vorgeburtliche Mutterschaftsurlaub ist freiwillig. Mit den werdenden Müttern wird dies abgeklärt.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Freiwilligkeit eine Farce ist.

Abstimmung

1. Die Änderung von Art. 17e Personalreglement vom 15. Dezember 1997 wird genehmigt.
2. Die Änderung des Personalreglements unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 32 Ja und 5 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2024-736 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Mitte-Fraktion betreffend „Realisierung einer Solaranlage auf dem Logistikzentrum der Armee in Burgdorf“

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der Auftrag bereits mehrmals im SR behandelt wurde. Nach der Einreichung des Auftrages hat man mit der armasuisse und dem VBS Kontakt aufgenommen und geschaut, was auf dem Dach zusätzlich für PV-Anlagen möglich sind. Sie haben ein weiteres Projekt gestartet, bei dem eine zusätzliche Anlage auf dem Dach realisiert wird. Die Planung ist relativ weit fortgeschritten. Die Stadt Burgdorf kann es nicht für sie planen und bauen, aber Burgdorf kann sie unterstützen. Das Bauprojekt, der Ausbau des AMP, ist im Moment blockiert beim Bundesverwaltungsgericht. Seitens der Stadt Burgdorf sind die Voraussetzungen geschaffen worden. Es wurde sichergestellt, dass die Redundanz der Trinkwasserversorgung gegeben ist. Mit dem Bau kann das Projekt vorangetrieben werden, damit zusätzliche Anlagen installiert werden. Schlussendlich wird man im Bereich von 1'500 bis 1'600 Kilowattleistung integriert sein. Der produzierte Strom wird ausschliesslich durch das VBS zur Deckung des Eigenbedarfs genutzt und steht weder der Solarstadt noch der Stadt Burgdorf zur Verfügung. Was man machen konnte, nämlich sie auffordern eine entsprechende Anlage zu realisieren, hat man gemacht. Die Planung läuft. In diesem Sinn ist die Aufgabe des GR erledigt und der Auftrag kann abgeschrieben werden.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt der Mitte-Fraktion für diesen Auftrag. Widerspricht doch das Grundanliegen total der Haltung, welche die Mitte im Grossrat vertritt, gegenüber der Solarinitiative. Betrachtet man den Wortlaut, ist der Auftrag nach Meinung der SP-

Fraktion erfüllt und kann abgeschrieben werden. In diesem Sinn dankt die SP-Fraktion dem GR für die geleistete Arbeit und Ausführungen. Von der Mitte-Fraktion wüsste man gerne, was noch genau erwartet wird beziehungsweise man erwartet eher einen neuen Vorstoss, sofern man auf Aufrechterhaltung plädiert. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag geschlossen zu.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass sich die Stadt Burgdorf zum Netto-Null Ziel des Bundes bis ins Jahr 2050 bekennt, um klimaneutral zu werden. Um die erneuerbaren Energien zu nutzen, ist die Solarstadt Burgdorf im Mai 2014 gegründet worden. Heutzutage diskutieren wir über eine Pflicht, auf jedem Dach eine Solaranlage zu bauen. Bereits seit dem Jahr 2023 gilt die Vorschrift, dass bei Neubauten mit einer Gebäudefläche von mehr als 300 Quadratmetern eine Solaranlage auf dem Dach installiert werden muss. In der heutigen Zeit ist es nötig und auch möglich, ein Flachdach multifunktional zu nutzen für die Energieproduktion, für die Biodiversität und die Regenwasserspeicherung. Es gibt bereits viele gute Beispiele, die zeigen, dass es möglich ist. Leider haben wir im Jahr 2021 feststellen müssen, dass die Verantwortlichen der Stadt Burgdorf bei der Abwägung zwischen Landschaftsbild, Klimaschutz und Biodiversität falsche Prioritäten gesetzt haben. Dadurch ist die armasuisse gezwungen gewesen, das Bauvorhaben des Logistikzentrums in Burgdorf beim VBS ohne die geplante Solaranlage neu einzureichen. Die armasuisse beabsichtigt normalerweise auf allen ihren Gebäuden eine Solaranlage zu erstellen. Die armasuisse benötigt, wie wir gehört haben, den Strom für eigene Anlagen und auch für Fahrzeuge, die künftig Batteriebetrieben werden. Zum Erreichen unserer Klimaziele spielt es keine Rolle, wer den Strom schlussendlich benötigt. Nur mit einem konsequenten Ausbau von sämtlichen zur Verfügung stehenden Flächen können wir glaubhaft unseren Beitrag zur nationalen Energiewende und zum Klimaschutz leisten. Deshalb ist es dringend nötig, dass die Prioritäten bezüglich des Ausbaus der erneuerbaren Energie künftig neu gesetzt werden. Es wird auch an die bevorstehende Abstimmung erinnert. Der Auftrag wurde im September 2021 erteilt. Nach über zwei Jahren liegt noch keine konkrete Zusage von armasuisse zum Bau der Solaranlage vor. Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist deshalb der Auftrag noch nicht abgeschlossen. Es ist vorstellbar, wenn man mit den Verantwortlichen der armasuisse spricht, werden sie sicher eine Zusicherung abgeben, dass beim Bau, der bis ins Jahr 2029 dauert, gleichzeitig auch die Solaranlage installiert wird. Das muss zuerst abgeklärt werden, bevor der Auftrag abgeschrieben wird.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, erinnert an eine ziemlich heftige Debatte im SR vom 28. März 2022. Vorgängig wurden auch in der Presse nicht nur lobende Worte darüber berichtet, weil es niemand verstanden hat, dass man aus Landschaftsbildgründen eine solche Chance eines 20'000 Quadratmeter Logistikdaches mit Solarpanels abwehrt oder verhindert. Die FDP-Fraktion, wie auch die Mitte, EVP und GLP, haben sich damals über den Entscheid, das Dach zu begrünen, anstatt mit Solarzellen zu bestücken, zumindest überrascht und konsterniert gezeigt. Stadtrat Hedinger Christian von der Grüne-Fraktion hat zur Begrünung des Daches seine Meinung klar und deutlich zum Ausdruck gebracht und den GR gebeten, sich künftig an die Fakten zu halten. Es war eine ziemlich kritische Debatte, und zwar innerhalb des SR und der Presse. Man hat jetzt zweieinhalb Jahre gewartet und jetzt liegt eine Vorlage vor mit sage und schreibe fünf Zeilen. Der Aussagewert ist gleich null. Es sind keine Informationen und keine Neuigkeiten. Man wird im Leeren gelassen, was jetzt wirklich passiert und in welcher Menge in Zukunft Solarpanels installiert werden. Es ist deshalb unverständlich, einen solchen Auftrag dem SR vorzulegen und abzuschreiben. Die FDP-Fraktion wird den Auftrag klar aufrechterhalten.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, möchte wissen, ob der GR mit der armasuisse das Gespräch gesucht hat. Der SR wurde über die Ergebnisse informiert und bei den Forderungen will man nicht grundsätzlich widersprechen. Man hat keine Freude, wenn Aufträge hängig bleiben, obwohl

der Wortlaut erfüllt ist. Nichts gegen das Anliegen, aber es entspricht nicht dem Auftrag. Man müsste eher einen neuen Vorstoss einreichen.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass zusammen mit der Baudirektion das Gespräch gesucht wurde und man versichert hat, dass die Solaranlage geplant ist. Es werden zusätzlich zu den bestehenden Dächern, welche nie im Projekt vorgesehen waren und nur durch Druck der Stadt Burgdorf geschieht, mit PV-Anlagen ausgerüstet. Zusätzlich wird jetzt auf das neue Dach ebenfalls eine PV-Anlage installiert. Wenn der SR eine schriftliche Bestätigung der armasuisse möchte, wird diese verlangt. Der Auftrag kann aufrechterhalten bleiben, aber es ändert nichts an der Sachlage. Das Projekt wurde im Jahr 2018 aufgleist und damals gab es gewisse andere Prioritäten. Es wurde eine Interessenabwägung vorgenommen und dies ist auch legitim. Man sollte auf jedes geeignete private Dach eine PV-Anlage installieren.

Abstimmung

Abschreibung des Auftrages.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 19 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Abschreibung des Auftrages ab.

SRB: 2024-737 | Registratur-Nr. 1.7.1

Dringliche Interpellation FDP-Fraktion betreffend Verhinderung der Abschaffung der direkten Bahnverbindung zwischen Burgdorf und Zürich

Verhandlung

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, dankt dem GR für die umfassende Beantwortung der Fragen. Mit der Traktandierung an der Regionalkonferenz Emmental und der Motion im Grossen Rat zur Stärkung des Bahnangebotes im Emmental ist man zuversichtlich, dass der Standort Burgdorf als wichtig eingestuft wird.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2024-738 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation glp betreffend wie und nach welchen Kriterien bildet die Stadt Burgdorf Lernende aus?

Verhandlung

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Beantwortung der Fragen und die ausführliche Stellungnahme. Man nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Burgdorf sowohl betreffend Handbuch wie auch Bildungsverordnung auf dem neusten Stand ist und ein modernes System hat. Man nimmt auch zur Kenntnis, dass die Kommunikation zwischen allen Beteiligten sichergestellt ist und regelmässig Weiterbildungen stattfinden. Nicht ganz so modern kommt es daher, wenn man ins Detail geht. Man ist erstaunt, dass Lernende lediglich drei Verwaltungsabteilungen durchlaufen. Man hat das Gefühl, dass die Stadt Burgdorf wesentlich mehr bieten kann. Die

Konzentration auf eine Person, welche für die Lehrlingsbetreuung beauftragt ist, scheint nicht mehr ganz up to date. Es wird deshalb angeregt, dass eine Überprüfung der Organisation stattfindet. Die GLP-Fraktion ist befriedigt mit der Antwort des GR und dankt dafür.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2024-739 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP-Fraktion betreffend Überprüfung der Gebühren für Plastik – Abfallsäcke
- Motion FDP-Fraktion betreffend Anpassung der GO: Senkung der Unterschriftenzahl für städtische Initiativen
- Motion Grüne Burgdorf betreffend Geschlechtseinträge in städtischen Formularen
- Interpellation FDP-Fraktion betreffend Transparenz bei den Vergaben von externen Aufträgen der Burgdorfer Stadtverwaltung
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Temporäre Nebensammelstelle Steinhof/Lindenfeld
- Interpellation SVP/EDU Fraktion, FDP-Fraktion, glp-Fraktion und Mitte-Fraktion betreffend Verbesserung der Sportinfrastruktur
- Interpellation FDP-, Mitte-, SVP-EDU- und GLP-Fraktion betreffend SBB-Spartageskarten noch zeitgemäss und sinnvoll?
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Schulraumentwicklung

Stadtratspräsidentin Vogt Anette teilt mit, dass der am 29. Januar 2024 eingereichte *Auftrag FDP-Fraktion betreffend Einführung von ePublikationen (amtliche Bekanntmachungen in elektronischer Form) bis am 1. Januar 2025* am 8. Februar 2024 zurückgezogen wurde. Die nächste ordentliche Stadtratssitzung findet am 13. Mai 2024 statt. Am Freitag, 26. April 2024 findet die Industrienacht statt. Im Hotel Stadthaus ist für den Schlummertrunk reserviert.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, nach dem menschlichen Gezwitscher von heute Abend kommen wir nun noch zum Vogelgezwitscher. Dazu gibt es eine erfreuliche Nachricht. Am letzten Montag konnte das Vogelhaus aufgerichtet werden. Es waren nicht viele Leute anwesend auf Wunsch des Erbauers des Vogelhotels. Er wollte es im kleinen Rahmen erledigen, damit er den Aufbau in Ruhe ausführen kann. Vögel sind noch keine eingezogen. Man hofft aber, dass es noch passiert, wobei es im Moment noch etwas früh ist. Man hat jedoch noch eine Bitte an alle Mitglieder des SR. Damals als die Idee entstanden ist, wurde gesagt, dass man das Projekt tatkräftig unterstützen wird. Die Finanzierung ist noch nicht gedeckt. Es sind noch nicht alle Hotelzimmer finanziert. Man wäre deshalb dankbar, wenn der SR das Vogelhotel noch unterstützt. Die Idee wäre, dass noch weitere Vogelhotels in und um Burgdorf erstellt werden. Man kann nach wie vor noch eine Nestpatenschaft für Fr. 200.-- übernehmen oder das Vogelhotel mit einem frei wählbaren Beitrag unterstützen. Wer sich dafür interessiert, kann sich im Anschluss an die Sitzung bei Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara melden. Alle Unterstützer des Vogelhotels sind zum Apéro eingeladen am 7. Juni 2024 um 19.00 Uhr.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass Stadtrat Jenni Josef Timoteo vor dreieinhalb Jahren an seiner ersten Stadtratssitzung teilgenommen hat. Er wurde glanzvoll in den SR gewählt. Jetzt hat er sich entschieden, seinen Rücktritt einzureichen. Die EVP-Fraktion versteht seinen Entscheid. Er ist beruflich sehr stark gefordert. Er arbeitet bei der Jenni Energietechnik und ist dort gleichzeitig Geschäftsleitungsmitglied. Im Jahr 2020 hat er mit einem Studienkolleg die Yuon Control AG gegründet, ein Startup, das sich für intelligente Heizungssteuersysteme einsetzt und entwickelt, bei denen der ökologische Fussabdruck des Gebäudes um 20 Prozent reduziert werden soll. Im letzten Jahr wurden die zwei vom Beobachter mit dem Startup als eines der zehn hoffnungsvollsten Zukunftsprojekte in der Schweiz ausgezeichnet. Das macht uns sehr stolz. Wie wir alle wissen, das Leben ist nicht nur Arbeiten und Leisten, sondern auch Sein. Dieser Teil kam in letzter Zeit zu kurz und dadurch hat seine Leidenschaft zur Politik mit allen Engagements abgenommen. Sein Rücktritt wird bedauert. Die EVP-Fraktion dankt Stadtrat Jenni Josef Timoteo für sein Engagement, sein Mitdenken und seine Fachkompetenz, die sehr wertvoll war. Für seine Zukunft wünscht ihm die EVP-Fraktion alles Gute. Seine Nachfolge übernimmt Veraguth Beryll.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, bedauert die Demission von Stadträtin Rohrbach Sabrina. Im Juli 2019 ist sie in den SR nachgerutscht. Vorher war sie von 2016 bis 2021 in der Sozialkommission tätig. Während der gleichen Zeitdauer war sie Delegierte der Stadt Burgdorf in der Lungenliga Bern. Die SVP-EDU-Fraktion dankt Stadträtin Rohrbach Sabrina für ihr Engagement im SR und wünscht ihr für die Zukunft im privaten und beruflichen alles Gute. Ihre Nachfolge übernimmt Marc Bracher.

Burgdorf, 23. April 2024

Namens des Stadtrates



Anette Vogt
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin